

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	1. Juni 2017		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.15 Uhr	Sitzungsende:	20.00 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Andreas Funk	Amtsleiter Finanzverwaltung
Gerd Glöß	Amtsleiter Ordnungsamt
Daniel Hartig	Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Ilona Helbig	Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Gabriele Kerger	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Holger Leuschner	Amtsleiter Hauptamt
Josephine Schattanek	Amtsleiterin Stadtplanungsamt
Gerhard Schiller	Amtsleiter Stadtbauamt
Heike Tiltmann	Schriftführerin
Helmut Weichlein	Juristischer Referent
Matthias Weigel	Sachbearbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsführer

Henryk Eismann	Prokurist Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Michael Heinzig	Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Matthias Leuschner	Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH und FREITALER STROM+GAS GMBH
Ulrich Rudolph	FREITALER STROM+GAS GMBH
Jörg Schneider	Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Dirk Abraham		entschuldigt, krank
Jutta Ebert	Ortsvorsteherin Wurgwitz	entschuldigt, Urlaub
Ute-Maria Frost		entschuldigt, dienstlich
Peter Heinzmann		entschuldigt, privat
Candido Mahoche		entschuldigt, Urlaub
Karin Müller		entschuldigt, privat
Wolfgang Schneider	Ortsvorsteher Pesterwitz	entschuldigt, krank

Ortsvorsteher

Thomas Käfer	Kleinnaundorf	entschuldigt, dienstlich
--------------	---------------	--------------------------

Zuhörer: 5

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Wolframm legt dar, dass der Antrag A 2017/009 (TOP 7) laut Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss vom 23. Mai 2017 von der heutigen Tagesordnung genommen und vertagt wird.

Herr Weichlein führt aus, dass zum Zeitpunkt des Finanz- und Verwaltungsausschusses die Einladung des heutigen Stadtrates bereits fertig war. Zur Hauptsatzung gibt es unter dem TOP 7 noch die Vorlage B 2017/021, die nach wie vor Thema ist. Der Themenkomplex Ortschaftsräte, den der Antrag A 2017/009 umfasst, kann heute von der Tagesordnung genommen werden.

Damit entfällt der Antrag A 2017/009 im TOP 7.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit ist sie in geänderter Form angenommen.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	1. Juni 2017

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 6. April 2017
3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
6. Informationen und Anfragen
7. (Vorlagen-Nr.:B 2017/021)
4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital
8. gegebenenfalls Festlegung eines Wahltermines für Ortschaftsratswahlen
9. gegebenenfalls Wahl eines Gemeindewahlausschusses für Ortschaftsratswahlen

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 6. April 2017

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 3

Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Rumberg verliest folgenden nichtöffentlich gefassten Beschluss des Stadtrates vom 4. Mai 2017:

Beschluss-Nr.: 047/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stimmt der Wahl von Brandmeister Thomas Raab zum Stellvertreter des Wehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Freital zu, sodass danach die Berufung für die Dauer von fünf Jahren durch den Oberbürgermeister erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Tagesordnungspunkt 4

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter informiert, dass mit Stand 31. Mai 2017 131 Asylbewerber (104 Männer, 13 Frauen und 14 Kinder) dezentral untergebracht sind. 34 Plätze stehen noch zur Verfügung.

Herr Dr. Thomas und Herr J. Müller kommen. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Tagesordnungspunkt 5

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Hildebrandt-Fischer erläutert anhand einer Präsentation ihre Tätigkeiten als Gleichstellungsbeauftragte.

Frau Dr. Darmstadt kommt. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rülke fragt, ob neben Frauen auch Männer die Beratungen der Gleichstellungsbeauftragten in Anspruch nehmen.

Frau Hildebrandt-Fischer antwortet, dass es 2/3 Frauen und 1/3 Männer sind.

Herr Rülke fragt nach, ob eine Tendenz erkennbar ist, was die Anzahl der Beratungen betrifft.

Frau Hildebrandt-Fischer verneint.

Herr Wolframm möchte wissen, da eine Reihe von Aufgaben aufgezählt wurden, ob die 20 Stunden für die Gleichstellungsarbeit ausreichend sind.

Frau Hildebrandt-Fischer antwortet, dass mit 20 Stunden die Tätigkeiten einer Gleichstellungsbeauftragten nur begrenzt umsetzbar sind. Die 20 Stunden wurden vom Stadtrat beschlossen und es liegt in dessen Hand, es zu ändern.

Herr Rumberg ist der Meinung, dass mit 20 Stunden eine gute Gleichstellungsarbeit gemacht wird. Die anderen 20 Stunden umfassen andere Aufgaben.

Herrn Wolframm ist bewusst, dass Frau Hildebrandt-Fischer noch andere Aufgaben neben der Gleichstellungsbeauftragten hat. Es ging ihm lediglich darum, ob man mehr oder weniger Stunden für die Gleichstellung benötigt.

Herr Rumberg schätzt ein, dass es ausreichend ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich Herr Rumberg bei Frau Hildebrandt-Fischer.

Tagesordnungspunkt 6

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- von Herrn Heger zur Übermittlung von Daten durch das Einwohnermeldeamt an die GEZ,
- von der Fraktion Freie Wähler Freital zu Baumaßnahmen an der Brücke und dem Bachlauf der Wiederitz,
- von der Fraktion DIE LINKE. zur Erfassung des Pflegebedarfs in der Großen Kreisstadt Freital.

Herr Richter bittet, bezüglich seiner Anfrage zur Erfassung des Pflegebedarfs, ihm den kompletten E-Mail Verkehr mit dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zukommen zu lassen, um festzustellen, welche Fragen an den Landkreis gestellt wurden.

Herr Rumberg wird ihm den E-Mail Verkehr zukommen lassen. Des Weiteren informiert er,

- über die am 9. Juni 2017 beginnenden Kultur(All)Tage, die dieses Jahr erstmals in Verantwortung des Soziokultur e.V. stattfinden, wozu alle herzlich eingeladen sind.
- dass er am 12. Juni 2017, 10.00 Uhr mit Frau Dr. Eva-Maria Stange, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, in der Stadtbibliothek den Sächsischen Buchsommer eröffnen wird. Dies ist zwar keine öffentliche Veranstaltung, die Stadträte sind dazu jedoch herzlich eingeladen.

Frau Mihály-Anastasio ist sich sicher, dass es heute noch zu einer kontroversen Diskussion bezüglich der Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“ kommen wird und stellt dafür den Antrag auf wortwörtliche Protokollierung.

Herr Brandau ist der Meinung, dass die Protokolle schon sehr ausführlich sind und er nicht nachvollziehen kann, warum bei diesem Punkt eine wortwörtliche Protokollierung erfolgen soll.

Herr Rülke äußert, dass Frau Mihály-Anastasio eine Thematik anspricht, die so noch nicht auf der Tagesordnung steht. Die Diskussion um die Bestätigung der Niederschrift vom 1. Dezember 2016 hat gezeigt, welche Missverständnisse es bei einer Protokollierung geben kann und daher spricht er sich für den Antrag auf wortwörtliche Protokollierung aus. Außerdem ist diese sinnvoll, weil hier strafrechtliche Tatbestände im Raum stehen.

Herr Wolframm weiß nicht, um welchen Antrag es geht, da keiner auf der Tagesordnung steht.

Frau Mihály-Anastasio stellt richtig, dass sie nicht von einem Antrag gesprochen hat, sondern um eine Diskussion bezüglich der Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“.

Herr Tschirner bittet, die Diskussion zu der Studie in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen.

Herr Mayer unterstützt im Namen der AfD-Fraktion den Antrag auf wortwörtliche Protokollierung. Vor ca. zwei Wochen erfolgte die öffentliche Vorstellung der Studie durch die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und seitdem ist sie in der öffentlichen Diskussion, so dass Herr Mayer keinen Grund sieht, es nichtöffentlich behandeln zu müssen.

Herr Richter kennt den Antragstext, worauf sich Frau Mihály-Anastasio bezieht, nicht und kann demnach dem Antrag auf wortwörtliche Protokollierung nicht folgen.

Da es zum Antrag auf wortwörtliche Protokollierung bei einer Diskussion zur Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“ keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	13
Stimmenthaltungen:	3

Damit ist der Antrag auf wortwörtliche Protokollierung abgelehnt.

Herr Mayer äußert, dass mit dem Einzug weiterer Ärzte ins Ärztehaus Dresdner Straße/Leßkestraße von den Bürgern Parkplatzprobleme beobachtet werden und er fragt, ob dies von Seiten der Verwaltung im Auge behalten wird und welche Vorstellungen es gibt, für genügend Parkplätze am Neumarkt zu sorgen. Weiterhin führt er aus, dass im letzten Technischen und Umweltausschuss der Ausbau der Oberhermsdorfer Straße und der Pesterwitzer Straße vorgestellt wurden. Die Bitte, die Präsentationen den Stadträten zur Verfügung zu stellen wurde vom Zweiten Bürgermeister abgelehnt. Herr Mayer erinnert an die Informationspflicht der Stadt Freital gegenüber dem Stadtrat und fordert erneut, die Unterlagen den Stadträten zur Verfügung zu stellen. Die Präsentation zur Rabenauer Straße im Technischen und Umweltausschuss am 26. April 2017 haben sie auch erhalten. Des Weiteren nimmt Herr Mayer Bezug auf die Antwort zur Anfrage der Beschilderung der „Friedhofskurve“ Wilsdruffer Straße (F 2017/012) und fragt nach, welche Kosten entstehen,

solarbetriebene LED Warnleuchten mit einem Akku zu installieren. Diese sind an den im städtischen Eigentum befindlichen Strommast zu installieren.

Herr Schautz führt zur Oberhermsdorfer und Pesterwitzer Straße aus, dass es sich um Ausführungsplanungen in der Vorphase handelt und die Unterlagen den Stadträten nicht zur Verfügung gestellt werden. An diesen wird noch gearbeitet und von Seiten der Verwaltung ist der aktuelle Stand kommuniziert und von Vertretern des Ortschaftsrates Wurgwitz im Stadtbauamt eingesehen und vorbesprochen worden.

Herr Mayer legt dar, dass es unschön wäre, wenn er die Bereitstellung der Präsentationen erst einklagen müsste.

Herr Rülke stellt zu Feuerwerken außerhalb der Silvesternacht schriftlich folgende Fragen:

1. Wie viele Feuerwerke wurden seit dem 2. Januar 2017 in Freital genehmigt?
2. Wo ist die Genehmigung zum Abbrennen von Feuerwerken geregelt?
3. Welche Voraussetzungen sind für die Erteilung einer Genehmigung erforderlich?

Herr Dr. Thomas fragt schriftlich, wie hoch die Kosten, einschließlich Personalkosten sind, die sich in jedem Jahr Ende März und Ende Oktober im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung der Zeitumstellung ergeben.

Herr J. Müller stellt zur Straßensanierung Kohlsdorfer Straße/Zur Jakobuskirche schriftlich folgende Fragen:

1. Wer hat die nachträglichen Arbeiten durchgeführt?
2. War die Fahrbahnrandbefestigung Bestandteil der ausgeschriebenen Leistung?
3. Warum wurden zur Randbefestigung unterschiedliche Baumaterialien verwendet?

Herr Heger hat die fußgängerbeeinflusste Ampel an der Kreuzung Carl-Thieme-Straße/Lutherstraße beobachtet und festgestellt, dass bei einer Betätigung sehr lange nichts passiert und die Fußgänger dann weitergehen und 50 m dahinter die Straße queren. Er bittet zur prüfen, ob die Reaktionszeit der Ampel verkürzt werden kann.

Herr Rumberg wird es prüfen lassen.

Herr Rülke ist sich bewusst, dass der Antrag, den er zur Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“ einbringt, kontrovers diskutiert werden wird und schickt voraus, dass bei der Thematik zwei Dinge voneinander zu trennen sind. Das eine sind die Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Personen, die existieren und das was der Antrag beinhaltet. Der Antrag ist von mehreren Stadträten unterzeichnet und wird auch von diesen eingereicht. Dieser Weg wurde bewusst gewählt, weil damit jedem Stadtrat die Möglichkeit gegeben wird, den Antrag zu unterstützen. Herr Rülke verliest den Antrag A 2017/010 in seinem kompletten Wortlaut, welcher von den Stadträten Martin Rülke, Norbert Mayer, Jörg Müller, Heike Druhm, Torsten Heger, Uwe Jonas, Frank Gliemann, Alexander Frenzel, Claudia Mihály-Anastasio und Candido Mahoche unterzeichnet ist. Er fügt hinzu, dass bezweifelt wird, dass es eine Vergleichsgruppe gibt zu den Städten bzw. Stadtteilen, die im Rahmen der Studie befragt worden sind. Es stellt sich somit die Frage, warum Freital, Heidenau und der Erfurter Stadtteil Herrenberg ausgewählt wurden. Warum nicht gegebenenfalls als Vergleichsgruppe Leipzig Grünau oder die Dresdner Neustadt?

Herr Gliemann geht auf einen geringen Teil der Studie ein, weil hier ein persönliches Recht und Problem der Fraktion Freie Wähler Freital vorliegt. Deswegen möchte er konkrete Fragen an die Fraktion Bürger für Freital stellen, die er, wenn möglichst heute ansonsten so schnell als möglich, schriftlich beantwortet haben möchte.

Herr Rumberg unterbricht die Ausführungen von Herrn Gliemann, da es von Herrn Käsemodel einen Geschäftsordnungsantrag gibt.

Herr Käsemodel weist darauf hin, dass man sich in dem Tagesordnungspunkt Informationen und Anfragen befindet und insofern keine Aussprache möglich ist. Der von Herrn Rülke eingereichte Antrag (A 2017/010) steht heute nicht zur Diskussion. Er wird erst im Stadtrat 22. Juni 2017 behandelt sofern ihn der Oberbürgermeister auf die Tagesordnung setzt.

Herr Rumberg erkennt bis jetzt keine Antragsanzeichen und der Stadtrat sollte entscheiden, ob die Fragen zugelassen werden oder nicht.

Herr Gliemann erinnert, dass Herr C. Meyer im Ältestenrat aufgefordert wurde, heute zu dem Thema Stellung zu nehmen und dazu möchte er Fragen formulieren. Mit dem von Herrn Rülke im Namen mehrerer Stadträte eingereichten Antrag, hat es als solches nichts zu tun.

Herr Rumberg ist der Meinung, dass Anfragen legitim sind.

Herr Brandau äußert, dass Informationen und Anfragen für Anfragen an die Verwaltung sind und nicht dafür, dass von Herrn Gliemann an Stadträte Fragen gestellt werden, was womöglich in Zwiesgesprächen endet. Die Thematik soll behandelt werden, wenn es auf der Tagesordnung steht.

Herr Rumberg bemerkt, wenn ein Stadtrat eine Frage hat, er diese unter Informationen und Anfragen stellen kann. Die Beantwortung kann dann später schriftlich oder gleich erfolgen.

Herr Mayer bestätigt, dass jeder Stadtrat das Recht hat, Fragen zu stellen und man ihn ausreden lassen muss.

Herr N. Meyer stellt klar, da als Unterzeichner des Antrages der Name Norbert Mayer gefallen ist, dass es sich nicht um seine Person handelt. Er wird diesen Antrag nicht unterstützen.

Herr Käsemodel legt dar, dass sich die Anfragen im Sinne der Geschäftsordnung nicht auf den Stadtrat untereinander sondern auf die Verwaltung beziehen.

Herr Weichlein bestätigt die Aussage von Herrn Käsemodel. In der Vergangenheit ist es jedoch schon vorgekommen, dass Anfragen an andere Stadträte gerichtet wurden, was nicht unterbunden wurde. Die Auslegung der Geschäftsordnung des Stadtrates obliegt dem Stadtrat in seiner Gesamtheit und dieser sollte entscheiden, ob in diesem Fall Fragen zugelassen werden. Weiterhin erinnert Herr Weichlein an die in der Geschäftsordnung festgelegte Redezeit von 3 Minuten.

Herr Rülke spricht sich dafür aus, dass Herr Gliemann seine Fragen stellen kann, zumal er eine Person ist, die in der Studie namentlich genannt wird.

Herr Gliemann möchte im Namen der Fraktion Freie Wähler Freital wissen, wer sich hinter dem Namen „Herr Thiele“ in der Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“ verbirgt. Dass es ein Mitglied der Fraktion Bürger für Freital ist, kann man heraus lesen. Herr Gliemann ist nicht einverstanden, dass der Name „Herr Thiele“ geheim bleibt und drei Stadträte der Fraktion Freie Wähler Freital mit Namen, zum Teil mit Firma und Beruf genannt werden. In dem Zusammenhang wird denen, die namentlich genannt werden, unterstellt „braun“ zu sein, wogegen sie sich verwahren wollen. Jeder der die Mitglieder der Fraktion Freie Wähler Freital kennt, weiß, dass sie demokratisches Denken haben. Des Weiteren stellt Herr Gliemann an Herrn N. Meyer die Bitte, den Begriff „Putsch“ zu definieren.

Herr Richter bemerkt zum eingereichten Antrag mehrerer Stadträte, dass er diesen innerhalb der Fraktion DIE LINKE. entsprechend bewerten wird. Im Endeffekt sieht er jedoch den Schulterchluss des durchaus rechtskonservativen Lagers sehr kritisch. Zu den Aussagen von Herrn Gliemann führt er aus, dass das Göttinger Institut absichtlich Personen anonymisiert hat. Diejenigen, die nicht im Rahmen der Studie namentlich genannt werden möchten, haben ein Recht auf Anonymität. Es ist gleich, welcher Stadtrat die Aussagen der Bürger für Freital getätigt hat.

Frau Mihály-Anastasio verwehrt sich deutlich gegen die Aussage von Herrn Richter bezüglich des rechtskonservativen Lagers. Wenn jemand das Recht hat, anonym zu bleiben, mit welchem Recht stellt er sie in irgendeiner Weise bloß, zumal mit gelogenen Äußerungen. Dies ist eine Zweiklassengesellschaft, was es früher schon einmal gab. Für Frau Mihály-Anastasio endet dies in einer Hexenjagd, was nicht nur sie sondern auch ihre Tochter betrifft. Der „Herr Thiele“ sollte sich schämen, weil das was er in der Studie gesagt hat, schlichtweg gelogen ist, was er auch weiß.

Herr Heger stimmt zu, wer für sich den Anspruch erhebt, in seinen Aussagen geschützt zu werden, sollte diesen Schutz auch den Leuten zubilligen, über die er spricht. Und wer andere Leute durch eine Aussage an das Messer liefert, sollte das Kreuz haben, sich selber mit Klarnamen zu erwähnen.

Herr Mayer wünscht die wortwörtliche Protokollierung folgenden Statements:

„Herr Oberbürgermeister, wir haben hier in dem Teil mit einer Studie zu tun und mit einem Vorgang zu tun, der die Stadt Freital und den Stadtrat selbst in seiner Zusammenarbeit auf das ganz Empfindlichste trifft. Es gibt einen Stadtrat oder gab, das wissen wir noch nicht. 2016 gab es einen Stadtrat mit dem anonymen Namen „Herrn Thiele“, der in seiner Mitarbeit bei dieser Studie ganz deutlich erstmal gesagt hat, was er selber denkt und ist. Er ist Kommunalpolitiker, er ist auch Unternehmer, hat er gesagt. Er hat dann davon gesprochen, dass seine Fraktion auseinandergefallen ist und dann hat er drei von denen, Stadträte die aus der Fraktion raus gegangen sind, sehr detailliert beschrieben. Mit dem Betriebsort, mit dem Hotel und Restaurant Zur Linde, das Herr Gliemann betreibt, der nun mehr als Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler agiert. Mit der Frau Mihály-Anastasio, von der jeder in Freital angeblich weiß, dass sie die Friseurin und gute Freundin von Lutz Bachmann ist. Und Uwe Jonas, der bei fast jeder Anti-Asyldemonstration die Technik geliefert hat. „Thiele“ sagt weiter, dass Gliemann, Mihály und die anderen, da zieht er auch den Herrn Frenzel mit wahrscheinlich rein, regelmäßig an Pegida-Kundgebungen teilgenommen und starke Sympathien für die asylkritischen Proteste in Freital entwickelt hätten. Das sind Zitate aus den Aussagen von dem Stadtrat „Herrn Thiele“. Mich erinnert das sehr an Vorgänge, die schon etwas länger zurückgehen. Da wurde nämlich über mich berichtet,

- er interessiert sich für die Umgestaltung der Sowjetunion,
- er besitzt Materialien von Sacharow,
- er zeigt Daten über Luftverschmutzung von Espenheim,
- er setzt sich dafür ein, dass Ärzten in Freital Wohnraum geboten wird,
- er sammelt in Freital Unterschriften und
- Weihnachten sah ich ihn aus der Kirche kommen.

Diese Informationen stammen aus dem Bericht der operativen Personenkontrolle Transporteur, von meinem persönlichen informellen Mitarbeiter Andreas Starke. Er hat auch weiter beschrieben, dass der Mayer eine politisch negative Haltung zu unserem Staat und Regierung besitzt. Ich sehe da eine sehr große Parallele zu dem, was heute passiert. Es ist ein Stasibericht. Es ist ein informeller Mitarbeiter, der einen Stasibericht abgegeben hat. Ich muss ihnen noch eins sagen, Max Kegel, ein deutscher Sozialdemokrat, ein Dresdner Sozialdemokrat, geboren 1850, hat in der Zeit des Sozialistengesetzes ein Gedicht geschrieben:

Willst du wissen mein lieber Christ, wer aller Menschen Auswurf ist? Die Antwort liegt ja auf der Hand, es ist allein der Denunziant. Gefährlich ist ein toller Hund, gefährlich ist der Lügenmund, gefährlich ist wer stiftet Brand, gefährlicher der Denunziant. Verpestet ist für wahr die Luft, wo atmet solch ein Schelm und Schuft. Verpestet ist ein ganzes Land, wo schleicht herum der Denunziant.

Die Frage, die ich Herrn Chris Meyer gestellt habe im Ältestenrat war, dass ich ihn darum gebeten habe, uns aufzuklären, wer aus seiner Fraktion der „Herr Thiele“ ist und wie er sich in Zukunft und wie sich die Fraktion in Zukunft, die Zusammenarbeit mit den anderen Stadträten vorstellt. Bisher, seit der letzten Wahl, haben wir versucht, hier eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Stadträten zu organisieren und ich denke, das ist auch ziemlich gut gelaufen bisher und wie soll das weitergehen? Das ist die Frage die sich mir stellt. Dankeschön“

Herr N. Meyer stellt fest, dass die Ausführungen von Herrn Mayer in einem wichtigen Punkt fehlerhaft sind, indem er Zitate aus dem Bericht zitiert, die aber verknüpft sind mit eigenen Ausführungen der Autoren. Es muss ganz genau differenziert werden, was in Anführungsstriche und somit als Zitat aufgeführt ist und was aus anderen Quellen stammt. Es stammt nicht alles von einer Person.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 7

B 2017/021

4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss (SKA)

am 24. April 2017

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 26. April 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 27. April 2017
und 23. Mai 2017

Herr Weichlein bemerkt, dass es für die Änderung der Hauptsatzung folgende zwei Varianten gibt:

- Einführung weiterer Ortschaftsräte, Seniorenbeauftragte/r und redaktionelle Änderungen (Anlage 2 der B 2017/021)
- Seniorenbeauftragte/r und redaktionelle Änderungen (Anlage 1 der B 2017/021)

In der Vorberatung ist festgestellt worden, dass über die Thematik Ortschaftsräte noch einmal gesprochen werden sollte und der Antrag A 2017/009 demnach zurückgestellt wird. Daher geht Herr Weichlein auf die Sach- und Rechtslage betreffend den Seniorenbeauftragten und die redaktionellen Änderungen ein. Des Weiteren weist er darauf hin, dass eine Änderung der Hauptsatzung nur mit der Mehrheit aller Stadträte einschließlich Oberbürgermeister möglich ist, also mit 18 Ja-Stimmen.

Herr Rumberg stellt fest, da schon mit Eintritt in die Tagesordnung von Herrn Wolframm mitgeteilt wurde, den Antrag A 2017/009 in die Ausschüsse zu verweisen, nunmehr nur die Anlage 1 (Seniorenbeauftragte/r mit redaktionellen Änderungen) der Beschlussvorlage zur Diskussion und Abstimmung steht.

Da es keinen Diskussionsbedarf gibt, folgt die Abstimmung der Vorlage mit der Anlage 1.

Beschluss-Nr.: 052/2017

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital gemäß dem in der Anlage 1 beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 8**gegebenenfalls Festlegung eines Wahltermines für Ortschaftsratswahlen**

Da der Antrag A 2017/009 im TOP 7 vertagt wurde, ist eine Behandlung des TOP 8 nicht notwendig.

Tagesordnungspunkt 9**gegebenenfalls Wahl eines Gemeindevwahlausschusses für Ortschaftsratswahlen**

Da der Antrag A 2017/009 im TOP 7 vertagt wurde, ist eine Behandlung des TOP 9 nicht notwendig.

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil.

Pause von 19.20 Uhr bis 19.25 Uhr

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.